

## Im Dienst der Gleichberechtigung

Seit 40 Jahren setzt die ASTI sich für Ausländer ein

### Interview: Michèle Gantenbein

Laura Zuccoli (60) leitet seit 2010 die Ausländervereinigung ASTI. Die Association de soutien aux travailleurs immigrés wurde 1979 gegründet, um die Rechte der überwiegend italienischen und portugiesischen Gastarbeiter zu vertreten. Doch das Arbeitsfeld hat sich durch die Flüchtlingskrise und die hohe Zuwanderung diversifiziert. Was hat sich in 40 Jahren geändert? Wie steht es um das Verhältnis zwischen Luxemburgern und Ausländern? Darüber sprechen wir in unserem Interview mit der Jahressende mit der Vorsitzenden der Ausländerorganisation.

### Laura Zuccoli, die ASTI wurde gegründet, um die Interessen der Gastarbeiter zu vertreten. Wie hat sich die Arbeit in den vergangenen 40 Jahren verändert?

Das Ziel damals war: gleiche Rechte und das kommunale Wahlrecht für Gastarbeiter. Ab 1990 hat sich die Zuwandererbevölkerung weiter diversifiziert, mit den Flüchtlingen aus dem Balkan, den Arbeitskräften aus der Finanzwelt, und natürlich hat sich das Grenzgängerphänomen stark entwickelt. Es war ein Mix aus Migranten und Flüchtlingen, die Thematiken Rassismus, Bildung, Wahlrecht und Wohnen waren

### Die Ausländer schätzen ihr Leben hier.

immer präsent. Wir kümmern uns auch um Menschen, die Probleme mit ihren Papieren haben. Das ist ein Teil unserer Kernarbeit und das wird sie auch immer bleiben. Mit der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 kamen zunehmend Menschen aus dem Mittleren Osten, auf die wir uns stark konzentriert haben. Jetzt wollen wir den Fokus wieder auf die Themen Migration, Integration und Zusammenleben setzen.

### Wie steht Luxemburg in Sachen Ausländerintegration da?

Das Integrationsgesetz aus dem Jahr 2008 muss reformiert werden. Angesichts eines hohen Ausländer- und Grenzgängeranteils kann man nicht mehr von Integration sprechen. Man sollte den Fokus mehr auf das Zusammenleben legen. Im Parlament wurde vor Kurzem einstimmig eine Motion verabschiedet, die besagt, dass die Bürger in die Ausarbeitung des neuen Integrationsgesetzes eingebunden werden sollen, Luxemburger und Ausländer.

### Fühlen sich die Ausländer Ihrer Erfahrung nach integriert?

Wir haben im Dezember zusammen mit TNS Iltres eine Studie veröffentlicht, die zeigt, dass Luxemburger und Ausländer es nur natürlich finden, dass man sich als Ausländer in die Gesellschaft einfügt und pragmatisch an die Frage des Zusammenlebens her-

rangeht. Bei den Ausländern ist diese Meinung noch ausgeprägter als bei den Luxemburgern. Eine rezente Studie des LISER bestätigt das: Die Ausländer schätzen ihr Leben hier und sind bereit, sich an die Gepflogenheiten des Landes anzupassen.

### Dennoch ist dieses Zusammenleben nicht wirklich existent ...

Das ist auf das berufliche Umfeld zurückzuführen. Die Menschen arbeiten nicht zusammen. Es beginnt schon in den Bildungseinrichtungen. Viele Ausländer ziehen die internationalen Schulen den Luxemburger Schulen vor. In der Hauptstadt besuchen 40 Prozent der Grundschulkinder eine private oder internationale Schule. Wenn auf lokaler Ebene keine Initiativen stattfinden, um die Menschen zusammenzubringen, gibt es auch im normalen Alltag kaum Kontakt. Hinzu kommt das Sprachproblem. Englischsprachige Menschen treffen sich eher mit englischsprachigen Gruppen. Die Portugiesen bleiben lieber unter ihresgleichen, also unter Arbeitern. Dann sind da noch die Grenzgänger, die nur tagsüber hier sind. Das erklärt, warum Luxemburger und Ausländer mehr nebeneinander her als miteinander leben. Aber die Ausländer sind dennoch zufrieden mit der Lebensqualität, die oft besser ist als in ihren Herkunftsländern, sofern das Wohnungsproblem gelöst und das Einkommen einigermaßen in Ordnung ist. Die Menschen wägen Vor- und Nachteile gegeneinander ab.

### Der Flüchtlingsrat forderte im März 2018 einen besseren Umgang mit Flüchtlingen. Was beanstandet der Flüchtlingsrat genau?

Was die Aufnahme in den Strukturen betrifft, wurden große Anstrengungen gemacht. Anders als bei Migranten hat Luxemburg bei anerkannten Flüchtlingen weitere Verpflichtungen, was ihre Integration betrifft. Für uns ist klar: Wenn die Oeuvres Grand-Duchesse Charlotte im Rahmen eines Aufrufs nicht die vielen Flüchtlingsprojekte ins Leben gerufen hätte, zusammen mit Vereinigungen und der Zivilbevölkerung, hätten wir ein massives Problem gehabt. Sie haben sehr vieles aufgefangen. Jetzt laufen die Projekte aus und niemand weiß, wie es weitergeht.

### Gab es eine große private Bereitschaft, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen?

Die Initiative Oppent Haus hat etwa 60 Flüchtlinge bei Familien unterbringen können. In den meisten Fällen handelt es sich um alleinstehende Männer. Als anerkannte Flüchtlinge haben sie ein Anrecht auf den Revis. Flüchtlinge, die den Revis beziehen, dürfen aber maximal ein Jahr bei der Familie bleiben. Das ist eine sehr kurze Zeit. Und zurück ins Flüchtlingsheim zu gehen, ist



Laura Zuccoli wurde als Kind von Einwanderereltern in Luxemburg-Stadt geboren. Nach ihrem Studium der Sozialwissenschaften hat die heute 60-jährige als Sozialarbeiterin im Gefängnis gearbeitet. Seit 1983 arbeitet sie für die Ausländerorganisation ASTI.

Fotos: Laurent Blum



nicht leicht für die Menschen. Hinzu kommt, dass die Flüchtlingsheime ehemalige Bewohner nicht unbedingt gerne wieder aufnehmen. Wir haben Coaches ausgebildet, um anerkannte Flüchtlinge zu begleiten, bei Behördenangelegenheiten und vieles mehr. Das war ein ganz tolles Projekt. Doch leider lief es Ende 2018 aus, weil kein Geld mehr da war.

### Und das Projekt wird nicht neu aufgelegt?

Es gibt einige Träger, die das Projekt ihrerseits starten wollen. Wir geben gerne unsere Erfahrung weiter. Was uns aber stört, ist, dass wir ein Projekt aufgebaut, und Coaches rekrutiert haben, die

wiederum neue Helfer mitgebracht haben. Das dauert ja seine Zeit. Jetzt wird wieder bei Null angefangen. Das Projekt war nicht teuer, aber sehr effizient. In sechs Monaten konnten wir 36 Familien betreuen.

### Wie ist die Situation von abgelehnten Flüchtlingen beziehungsweise von Menschen, die sich illegal im Land aufhalten?

In der Kirchberger Struktur sitzen so genannte Dubliner fest, die oft in einem anderen EU-Land bereits einen Asylantrag gestellt haben und abgelehnt worden sind. Wir haben aber auch viele Migranten, die zum Beispiel eine Aufenthaltsgenehmigung in Itali-

en haben, dort aber keine Arbeit mehr finden und versuchen, woanders in Europa Arbeit zu finden. Doch wir tun uns sehr schwer damit, diese Menschen auf den Arbeitsmarkt zu bekommen. Einerseits beklagen wir uns über Arbeitskräftemangel, andererseits haben wir Menschen, die Arbeit suchen und denen es unmöglich gemacht wird, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Arbeitgeber, die so jemanden einstellen wollen, wird es schwer gemacht. Meist heißt es nach einer langwierigen Prozedur, dass die Arbeit jemandem von europäischen Arbeitsmarkt vorbehalten sein muss. Und das war's dann.



1300 Fälle. Wir werden überannt, bekommen aber keinen zweiten Posten. Wir decken unschöne Dinge auf und melden sie den Behörden. Das kommt offenbar nicht besonders gut an. Es gibt 18 verschiedene Arten von Aufenthaltsgenehmigungen. Es ist

### Wir brauchen ein

von Diego Velazquez

### Leitartikel

## Dünnes Eis

Von Diego Velazquez

Luxemburg hat sich bislang, zumindest an der politischen Oberfläche, einem für die Demokratie gefährlichen Trend entziehen können: dem



**Sollte das Gesetz geändert werden?**

Ja. Man sollte die Bestimmungen für einige Berufsgruppen lockern und den Menschen eine Chance geben, zum Beispiel im Bausektor. Viele Berufssparten suchen händeringend Arbeitskräfte und die Grenzregion ist abgegrast. Luxemburg hat im Übrigen weit weniger Flüchtlinge und rund 23 000 Migranten nach Luxemburg. Wir wollen auch stärker den Fokus auf Migranten legen, die unsichtbar sind, weil sie keine Papiere haben. Sie kommen vor allem aus lateinamerikanischen Ländern und von den Kapverden. Menschen ohne Papiere werden oft von ihrem Arbeitgeber ausgebeutet. Eine Regularisierung ist möglich, aber äußerst schwierig. Außer, man hat eine Familie und Kinder, die während mindestens vier Jahren die Luxemburger Schule besucht haben. Hier muss das Gesetz unbedingt gelockert werden.

**Wie viele Menschen ohne Papiere halten sich Ihrer Erfahrung nach im Land auf?**

Das kann man nicht sagen. Bei der letzten Regularisierung 2013 hat die Asti eine Reihe von Informationsversammlungen organisiert und da kamen rund 500 Betroffene. Von den rund 600 Personen, deren Regularisierungsan-

trag angenommen wurde, waren die Hälfte Chinesen. Als Flüchtling wäre der Weg ein anderer, wir wollen den Migranten aber nicht raten, einen Asylantrag zu stellen, um Papiere zu bekommen. Wir brauchen ein neues System für Wirtschaftsmigranten.

**Haben Sie Erfahrung mit ausgebeuteten Migranten gemacht?**

Ja, kürzlich wurden ja Fälle aufgedeckt wie der in Vianden, wo Menschen in kleinen dreckigen Zimmern untergebracht wurden. Diese Menschen sind eine leichte Beute, weil sie aus Ländern kommen, in denen die Gesetzgebung eine andere ist. Sie wissen nicht, dass es eine Sozialversicherung gibt, dass sie kontrollieren können, ob sie angemeldet sind, dass die Arbeitsstunden geregelt sind. Ihr erster Wunsch ist es, Geld zu verdienen und in ihre Heimat zu schicken und sie vertrauen ihrem Arbeitgeber. Oft werden ihnen die Papiere abgenommen. Wir haben eine Dienststelle aufgebaut, um Menschen, die Probleme mit ihren Papieren haben, zu helfen. Raten Sie, wie lange es gedauert hat, bis wir einen Posten zugestanden bekamen ...

**Fünf Jahre?**

20 Jahre haben wir um den einen Sozialarbeiterposten gestritten. 2018 haben wir ihn bekommen und hatten allein in dem Jahr

**neues System für Wirtschafts-migranten.**

wirklich eine komplexe Materie. Dass unser Informationsschalter für Aufenthaltsfragen nicht unterstützt wird, bei jährlich 23 000 neuen Migranten, ist kaum zu verstehen. Wir sind eine der einzigen Anlaufstellen, wo die Menschen ohne Termin hingehen können.

**Es wird also nicht genug getan, um die Ausbeutung von Migranten zu bekämpfen ...**

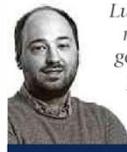
Die beratende Menschenrechtskommission hat in ihrem jüngsten Bericht über den Menschenhandel auf die Problematik hingewiesen. Es braucht mehr solche Anlaufstellen, damit die Menschen richtig informiert werden. So werden sie von irgendwelchen Leuten, denen sie mitunter viel Geld bezahlen, falsch beraten und weiter ausgebeutet. Es liegt doch in unserem ureigenen Interesse, keine Menschen ohne Papiere und keinen Menschenhandel im Land zu haben.

**Wird das Problem Menschenhandel unter den Teppich gekehrt?**

Die ITM sagt, sie habe keinen einzigen Fall von Menschenhandel festgestellt. Wir aber haben andere Erfahrungen gemacht. Kürzlich kam durch einige Fälle, die in die Öffentlichkeit gelangt sind, etwas Bewegung in das Thema. Aber jetzt muss etwas passieren. Wer ausgebeutet wird, geht nicht sofort zur Polizei und auch nicht zur ITM, sondern sucht jemanden auf, dem er Vertrauen fassen kann. Diese Menschen überlegen sich sehr genau, ob sie etwas gegen ihre Ausbeuterunternehmen, denn oft werden sie oder ihre Angehörigen eingeschüchert.

**Rezente sorgte die ADR-Politikerin Sylvie Mischel mit einem Facebook-Post für Aufregung. Nimmt das Phänomen der Fremdenfeindlichkeit zu oder vermitteln die sozialen Medien nur diesen Eindruck?**

Die Menschen fühlen sich in den sozialen Medien anonym und posten alles Mögliche, was sie früher vielleicht nur am Biertresen gesagt hätten. Es gibt sehr viele Fake News. Dagegen muss hart vorgegangen werden und ich habe den Eindruck, dass die Staatsanwaltschaft diese Dinge sehr ernst nimmt und versucht, stramm dagegen vorzugehen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen Anlaufstellen und Strukturen, die Opfer vor Gericht vertreten. Wir müssen sensibilisieren, insbesondere in den Schulen. Rechtsextremistischer Diskurs darf nicht salonfähig werden. Wir müssen rechtlich dafür sorgen, dass der Diskurs - unter anderem durch Fake News und Gerüchte - nicht entgleist.



*Luxemburg ist nicht immun gegen Rechts-populismus.*

Erstarken des Rechtspopulismus. Während Marine Le Pen in Frankreich, Matteo Salvini in Italien oder die Alternative für Deutschland (AfD) wiederholt über Erfolge bei Wahlen jubeln, dümpelt die ADR im Großherzogtum vor sich hin. Und die Versuchung ist groß, Luxemburg deshalb als ein weltoffenes Land zu feiern, das immun gegen fremdenfeindliche und populistische Auswüchse ist. Ein Trugschluss ...

Schaut man genau hin, sind die vielen ausländischen Mitbürger und die lobenswerte Bereitschaft der Regierung, Flüchtlinge aufzunehmen, kein Beweis für Resistenz gegen Rechts. Denn was zur Stärke systemfeindlicher Bewegungen im Ausland beiträgt, ist nicht xenophobisches Gedankengut allein, sondern gesellschaftlich weit verbreitete Abstiegsangst. Diese drückt sich zwar von Land zu Land unterschiedlich aus, wird überall aber gekonnt ausgenutzt.

Die Mehrheit der Briten fühlte sich auf dem Arbeitsmarkt von Migranten aus Osteuropa verdrängt, was zum Brexit-Votum führte. US-Präsident Donald Trump nutzt den Frust über die Verlagerung von Produktionsstätten in wettbewerbsfähigeren Staaten aus, um gegen den Freihandel zu wettern. In Polen und Ungarn missbrauchen rechtskonservative Politiker die Angst vor fremden Kulturen, um sich als Verteidiger der abendländischen Zivilisation zu profilieren; dass in Polen und Ungarn fast keine Muslime leben, spielt dabei kaum eine Rolle. Gleich ist allem, dass viele Bürger - mithin Wähler - sich vom zunehmenden Menschen-, Waren- und Kapitalstrom, den man Globalisierung nennt, bedroht fühlen.

Diese Abstiegsängste sind vielen im Großherzogtum noch fremd, weil das Luxemburger Modell die meisten Wähler im Land vom Wettbewerb der Globalisierung einfach abschirmt: Staatsbeamte, Gemeindeangestellte und alle weiteren Arbeitnehmer, die rund um den öffentlichen Sektor kreisen, müssen sich nicht vor ausländischer Konkurrenz fürchten und werden obendrein fürstlich entlohnt. Allein die Sprachkenntnisse, die es für diese Jobs braucht, sichern, dass Luxemburger dort den Vorrang haben. Die vermeintlich politische Stabilität des Landes erklärt sich dadurch, dass alle Parteien diesen privilegierten Parallel-Arbeitsmarkt mittragen. Und solange die dort gezahlten, oft stolzen Gehälter einen gewissen Lebensstandard ermöglichen, bleibt das System auch politisch unangetastet. Doch allein der zunehmende Kampf für bezahlbaren Wohnraum könnte dies bald ändern. Wenn sich eines nahen Tages selbst ein Staatsbeamtenpaar kein Einfamilienhaus in Walferdingen mehr leisten kann, funktioniert das Modell nicht einmal mehr für diejenigen, für die es geschaffen wurde.

Spätestens dann wird eine starke Anti-System-Partei Oberwasser bekommen. Und dass die Luxemburger gewillt sein können, gegen den Willen ihrer Eliten die Wahlurnen zum Instrument des Ausschlusses zu nutzen, hat das Referendum zum Ausländerwahlrecht von 2015 bereits gezeigt.

Kontakt: diego.velazquez@wort.lu

**Heute auf wort.lu**

**Das Wissensquiz für Dezember**

Wir blicken im LW-Wissensquiz zwar nicht auf das ganze Jahr 2019, aber immerhin auf den abgelaufenen Monat zurück. Die Sportlerwahl oder die PISA-Studie sind nur zwei der 15 Themen, die in unserem Onlinequiz eine Rolle spielen (7.30 Uhr).



Luxemburger Wort